

Wie geht es den Wenden?

Unverständliche Angriffe.

Aus Baugen wird geschrieben:

Wieder einmal glaubten die wendischen Volksführer ihre große Trommel im Ausland schlagen zu müssen. Nach Prag, Genf und Paris, Deuten wie Barth, Schläge, Mude, Schneider nicht ganz unbekannt, geschah das Konzert nun in Belgrad. In französischer Sprache nannte man die Wenden „un peuple martyr“. Professor Rowal sprach von „jahrhundertlangen blutigen Wehweiden“ durch das deutsche Volk. Die Empörung gegen solche Entstellungen wächst in der Lausitz aufs höchste, und man spricht ganz offen aus, daß diejenigen, denen die weitgewährten wendisch-böhmischen Freiheiten nicht mehr genügen, baldigt vom alten deutschen Recht der Freizügigkeit Gebrauch machen sollen.

Was ist denn Wahrheit? Die wendischen Kinder erhalten wendischen Unterricht von wendischen Lehrern. Wenn es dann wendischsprechende Lehrer vorziehen, ihren wendischen Heimatbüchern untreu zu werden, um als Lehrer in Städten (Baugen, Dresden — Bernhard Schneider „der wendische Komponist Krawe“ —, Leipzig, Stolberg) Dienst zu tun, so ist das nicht Schuld der Deutschen. Es wird jede wendische Lehrerstelle als solche ausgehoben; so könnte, wie der alte Wendenkomponist Kager, auch Bernhard Schneider sehr gut wendischer Dorf Kantor sein. Kein Deutscher würde etwas dagegen haben.

Wer Lausitzer Zeitungen liest, findet in den sonntäglichen Kirchenanzeigen immer wieder den Bemerkung „wendischer Gottesdienst“. Es wird von wendischen

Geistlichen in wendischer Sprache gepredigt und es werden Lieder in wendischer Sprache gesungen. Selbst Baugen hat neben einer wendischen Schule eine wendische Kirche (die Michaeliskirche), und Dresden weiß, daß die dort wohnenden Wenden durch ihren ehrwürdigen Pfarrer Tomaschke, Großpostwitz, in der Kreuzkirche zu ihrem kirchlichen Rechte kommen.

Das wendische Vereinsleben blüht ohne jede Behinderung. Die wendischen Gesangsvereine, die wendischen Feste (Tausen, Hochzeiten, Osterreiten, Märkte) werden von den Deutschen gern besucht. Man hat Respekt vor Sitte, Brauch und Sprache, man bewundert die Lieder der Wenden und ihre hohe Gesangskunst, man ehrt den einfachen, arbeitsamen und frommen Sinn des wendischen Landvolkes, man sagt ihnen selbst von deutscher Seite: Haltet fest an eurem Volkstum! Kann ein Volk einer Minderheit freundlicher entgegenkommen?

In Wirklichkeit gibt es gar keine wendische Frage in dem von den Heißspornen aufgejagten Sinne. Und selbst die Wenigen, die da 1919, als es Deutschland nicht zum Besten erging, meinten, sie müßten sich — aus rein wirtschaftlichen Gründen nämlich: Steuern, Kohlen, Nahrungsmittel usw. — loslösen, sehen ihre Unflughait längst ein, sehen ein, daß sie nicht geföhrt, sondern veröhrt wurden. Wenden selbst sind empört über die immer wiederholten Untriebe, die dem Frieden nicht dienen können — uns eine Unruhe heraufbeschworen, die „jahrhundertlang“ nicht vorhanden war.

Eigenartig beröhrt es, daß trotz der dauernd zunehmenden Kapitalbildung immer noch eine recht große Differenz zwischen dem Zinsfuß für langfristige Gelder besteht. Wenn die enge Verbindung zwischen Geld- und Kapitalmarkt, die vor dem Kriege bestand, noch nicht wiederhergestellt ist, so beröhrt das darauf, daß sich die Wirtschaft noch in einer Art Krisenpsychose befindet und daher alle Unternehmen auf eine außerordentlich große Liquidität hinarbeiten. In diesem Bestreben hütet man sich, Gelder langfristig anzulegen und dazu kommt noch, daß die dauernd einströmenden ausländischen Kredite, solange sie nicht vollkommen verwendet werden, die Flüssigkeit des Geldmarktes in erheblichem Maße stärken. An ausländischen Anleihen sind im dritten Vierteljahr für 352,8 Millionen Reichsmark eingestromt, im Oktober für 143,8 und im November für 88,4 Millionen Reichsmark. Es hat allerdings den Anschein als ob mit zunehmender Kapitalbildung der Zustrom der ausländischen Kredite langsam nachläßt.

Der deutsche Außenhandel endlich ist im Oktober im reinen Warenverkehr wiederum mit 110,3 Millionen Reichsmark passiv. Für die gesamte Zeit von Januar bis Ende Oktober 1926 ergibt sich jedoch ein Gesamtüberschuß von 284,3 Millionen Reichsmark. Bei der Einfuhr fällt vor allem die dauernde Zunahme der Rohstoffe und halbfertigen Waren auf. Demgegenüber nimmt die Ausfuhr an fertigen Waren sowohl geld- wie mengenmäßig zu. Demnach dürfte zunächst die teilweise Passivität der Handelsbilanz zu Bedenken keinen Anlaß bieten. Sie erklärt sich daraus, daß in der Krise die Rohstofflager geleert und nunmehr wieder bei Belebung der wirtschaftlichen Lage aufgefüllt werden.

Im ganzen gesehen bietet also die deutsche Wirtschaft das Bild fortschreitender Genesung. Von einer Gesundung aber wird man erst dann sprechen dürfen, wenn auch der innere Markt wieder in das Gleichgewicht gekommen ist.

Das Gesetz über Titel und Orden bereits vom Reichskabinett verabschiedet.

Berlin, 5. Jan. Wie das Wolffbüro aus gut unterrichteter Quelle erfährt, ist das Gesetz über Titel und Orden, das in einem Berliner Blatt angekündigt wurde, bereits vom Reichskabinett verabschiedet worden. Das Gesetz wird alsbald dem Reichsrat zugehen und dann zur parlamentarischen Beratung gelangen. Es behält die Regelung des Titels und Ordenswesens der Bundesmitglieder des Reiches vor. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, bedeutet diese Beschränkung jedoch keineswegs, daß das Reich sich die Verleihung von Titeln und Orden ausschließlich für sich in Anspruch nimmt, vielmehr dürfte es auch den Wünschen und Bedürfnissen der Länder nach Möglichkeit entgegenkommen.

Eine Aktion der Gewerkschaften für den Achtstundentag.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Essen bereiten die Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen eine umfangreiche Propagandaaktion für die Befestigung des Ueberschichtenwesens und für Verkürzung der Arbeitszeit vor. Am 30. Januar sollen im Städtischen Saalbau in Essen und einen Sonntag später in Köln große Kundgebungen veranstaltet werden.

Kultivierung und Besiedlung von Hochmooren.

Berlin, 5. Jan. Der preußische Landwirtschaftsminister Steiger legt soden auf Verlangen des Landtages eine Uebersicht über die Fortschritte der Kultivierung und Besiedlung der domänenfiskalischen Hochmoore in der Zeit vom 1. November 1925 bis zum 1. November 1926 vor. Danach waren von den insgesamt vorhandenen 22 204 Hektar Mooren bis zum 1. November 1926 fertig kultiviert 5543 Hektar und noch zu kultivieren 13 661 Hektar. Infolge Verpachtung scheiden von letzterer Zahl für die Kultivierung vorläufig noch 3 887 Hektar. Von den kultivierten Flächen sind verkauft 2 551 Hektar, davon besiedelt 1 547 Hektar. Es handelt sich dabei um die domänenfiskalischen Hochmoore in den Regierungsbezirken Kurich, Hannover, Lüneburg, Stade und Schleswig.

Kein Zusammenhang zwischen Eisenbahnunfällen und Personalabbau.

Berlin, 5. Jan. In Beantwortung einer kleinen Anfrage von Zentrumsgesandten im Preussischen Landtag über die Häufung von Eisenbahnunfällen und über die Personalentlassungen bei der Reichsbahn teilt der preussische Handelsminister folgendes mit: „Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem von der Deutschen Reichsbahngesellschaft durchgeführten Personalabbau und den in letzter Zeit vorgekommenen Eisenbahnunfällen besteht nach der Untersuchung, die der Herr Reichsverkehrsminister auf mein Ersuchen vorgenommen hat, nicht. Der Personalabbau hat keinerlei Steigerung der Unfallsiffern zur Folge gehabt; diese sind vielmehr jetzt wesentlich geringer als zur Zeit des höchsten Personalbestandes im Jahre 1919. Die Annahme, daß ein Hauptteil der Lokomotivschäden auf Betriebsunfälle zurückzuführen sei, hat sich nicht als zutreffend erwiesen. Auch kann nach den vorliegenden Zahlenangaben der Lokomotiv-Ausbesserungsstand nicht als besonders ungünstig bezeichnet werden. Der Zustand des Oberbaues und der Fahrzeuge sowie die Handhabung des Betriebesdienstes bei der Reichsbahn ist kürzlich durch drei Ausschüsse, denen auch Vertreter des Reichsverkehrsministeriums sowie sachkundige Vertreter des Beamten- und Arbeiterpersonals angehörten, nachgeprüft worden, wobei nur ganz vereinzelt Mängel und Verstöße, für deren Abhilfe gesorgt wird, festgestellt werden konnten. Bezüglich des Personalabbaues hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft erklärt, daß — abgesehen von den Werkstätten und vereinzelt Stellen in einigen Bezirken — eine Herabsetzung der Kopfgablen nach dem jetzigen Stande des Verkehrs, der Technik und der Organisation nicht mehr erforderlich sei.“

Programm der radikalen Kandidaten für die französischen Senatswahlen.

Paris, 5. Jan. Die radikalen Kandidaten für die Senatswahlen am 9. Januar, die eine Vorschlagsliste zusammengestellt haben, an deren Spitze der Generalgouverneur von Französisch-Marokko, Steeg, steht, veröffentlichen heute ihr Wahlprogramm, das an erster Stelle für den Frieden eintritt. Wir lehnen in außenpolitischer Hinsicht, so heißt es in der Erklärung, jede Handlung und jede Geste ab, die jemals einen Vorwand zur Erneuerung der Katastrophe bieten könnte, an die Frankreich mit Schmerzen zurückdenkt. Wir wollen, daß dieser Friedenwille sich auch im Innern des Landes durch Respekt vor der Republik, ihren Befehlen und ihrem Geiste auswirkt.

Die Abrüstungsfrage in Amerika.

Washington, 5. Januar. Nachdem die Ansichten Coolidges, der sich gegen den Bau neuer Kreuzer ausgesprochen hatte, bekannt geworden waren, wurde in den Kammern des Repräsentantenhauses behauptet, daß weitere Abkommen über eine Rüstungsbeschränkung, auf die Coolidge viel Vertrauen setze, niemals erzielt werden würden, weil „die Flotte der Vereinigten Staaten nichts mehr zum alten Eisen zu werfen habe.“

Coolidge gegen eine Flottenvermehrung.

Washington, 5. Jan. Obwohl sich der Kongreß für eine Vermehrung der Flottenstärke ausgesprochen hat, erklärte Präsident Coolidge, daß er nach wie vor gegen Neubauten sei.

Amerikanische Munition für die Regierung Diaz.

New York, 5. Jan. Wie „Associated Press“ aus Managua meldet, hat das Staatsdepartement in Washington dem Führer der Konservativen in Nicaragua, Diaz, die Erlaubnis erteilt, aus den Vereinigten Staaten 1000 Gewehre und 160 Maschinengewehre sowie einige Millionen Patronen zu beziehen.

Vorab über die Intervention Amerikas in Nicaragua.

Washington, 5. Januar. Nach einer Sitzung des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten erklärte Senator Vorab, die militärische Intervention in Nicaragua bedeute keine Verletzung der Monroelehre, weil keine europäische Regierung in die Angelegenheit verwickelt sei und keine nichtamerikanische Regierung daran teilnehme. Es wird erwartet, daß Kellogg demnächst vor dem Auswärtigen Ausschuss erscheinen wird, um über die Lage in Nicaragua gehört zu werden.

Aufstand in Mexiko

Mexiko, 5. Jan. In Handelskreisen ist die Meldung eingegangen, daß Jacatecas, das Zentrum der Silberbergwerke, von 2000 Aufständischen unter General Gallegos besetzt worden ist. In anderen Teilen des Landes sollen ebenfalls Revolten ausgebrochen sein.

Die Aufstandsbewegung auf West-Sumatra.

Amsterdam, 5. Jan. Die Aufstandsbewegung auf West-Sumatra stellt sich nach den neuesten Meldungen wie folgt dar: Die gesamte männliche Bevölkerung von Padang-Sibolabel hat sich unterworfen. 267 Gefangene sind eingeleitet worden. Die Militärmacht wird von den Behörden als ausreichend bezeichnet. Eine Polizeiaktion im Gebiete von Siloenglang ist eingeleitet worden. Der Juggverkehr ist teilweise wieder aufgenommen worden.

Polen lehnt Calenders Entscheidung ab.

Wie aus Kattowitz gemeldet wird, hat die polnische Regierung dem Präsidenten der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, mitgeteilt, daß sie seine Entscheidung in der Frage der deutschen Minderheitsschulen ablehne. Diese Meldung der polnischen Regie-

rung bedeutet, so schreibt das „Berliner Tageblatt“, die Ablehnung des Artikels 131 des Genfer Abkommens, wonach die Erklärung des Erziehungsberichtigten allein entscheidend ist, ob ein Kind zur deutschen Minderheit gehört oder nicht.

Stellung des italienischen Beamten.

Rom, 5. Jan. Da die Vollmachten der Regierung bezüglich der sogenannten Säuberung des Beamtenstandes von regierungsfeindlichen Elementen mit der Jahreswende erloschen sind, bestimmte der Ministerrat, daß die Rechtslage der Beamten insofern abgeändert wird, als sämtliche Beamte, die sich in Gegensatz zu den Absichten der Regierung befinden, zu jeder Zeit entlassen werden können. Diese Bestimmung soll auch für die Gemeindebeamten, Provinzialbeamten usw. gelten, mögen sie sich nun im Amte oder außerhalb des Amtes in Gegensatz zur Regierung gestellt haben.

Ein Rundschreiben Mussolinis.

Rom, 5. Jan. In einem Rundschreiben an die Präfekten betont Mussolini, daß die faschistische Partei nur noch ein gewisseshaftes Werkzeug des Staatswillens sein dürfe, und die Initiative zum Kampf gegen die hartnäckigsten Gegner des Faschismus den Präfekten überlassen bleiben müsse. Diese seien in der Lage, im Falle einer immer unwahrscheinlicher werdenden antifaschistischen Aktion mit der nötigen Strenge vorzugehen. Jede Art faschistischen Selbstschutzes sei im neuen Jahr unzeitgemäß, und die Präfekten müßten mit allen Mitteln jede auch noch so schwache Kundgebung gegen den Sitz fremder Vertretungen künftig verhindern, was auch sich ereignen oder ihm persönlich zustößen möge.

Vorbereitungen für die Tagung des Großen Faschistischen Rates

Rom, 5. Jan. Die faschistische Parteileitung hat die Beschlüsse für den Großen Faschistischen Rat vom 22. d. M. bezüglich der Ueberprüfung der Mitgliederlisten und der Rekrutierung für die Nationalmiliz vorbereitet. Für die Nationalmiliz sind ausschließlich die Mitglieder der faschistischen Jugendorganisation im Alter von über 17 Jahren zugelassen, die mit diesem Alter zur Parteilistenübernahme werden. Die Uebernahme der Jugendlichen in die Partei soll am 23. März, dem Jahrestage der Gründung des Faschismus, in allen Städten feierlich begangen werden.

England und der italienisch-albanische Pakt.

London, 5. Jan. In unterrichteten britischen Kreisen wird erklärt, daß die von Pariser und New Yorker Blättern aufgestellte Behauptung, die britische Regierung habe den Pakt von Tirana schon vorher gebilligt in dem Bestreben, der Gefährdung des Mächtegleichgewichts in Europa durch die sich anbahnende Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland, mit einem Annäherungsversuch an Italien entgegenzutreten, durch die Tatsache widerlegt wird, daß seit dem Waffenstillstand die britische Politik ständig darauf hingeeilt habe, den Wiederaufbau Europas zu fördern und das alte System des Mächtegleichgewichts in Europa zu befestigen. Es wird zugegeben, daß die albanische Frage bei der Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Mussolini in Livorno von Mussolini aufgeworfen wurde. Die Erörterungen seien jedoch nur allgemeiner Art gewesen.

Das Foreign Office habe die ersten Informationen über den Abschluß des italienisch-albanischen Vertrages am 1. Dezember erhalten, und Chamberlain habe die tatsächlichen Bedingungen dieses Paktes erst in Genf bei der Dezentagung des Völkerverbundes erfahren. Wenn die Beziehungen zwischen Italien und Großbritannien auch herzlich seien, so sei doch von irgend einem Bündnis zwischen beiden Ländern keine Rede.